Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6994**
17. Wahlperiode 16. 09. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 126. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 21. September 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD)

Sind durch die im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorliegenden Entwürfe für den Investitionsrahmenplan auch geplante Verkehrsprojekte in Baden-Württemberg, wie beispielsweise die B-29-Ortsumfahrung Mögglingen oder der Weiterbau der B 14 bis nach Backnang, gefährdet, und stimmt es, dass es angesichts „begrenzter Mittel" in den nächsten Jahren grundsätzlich keine Neubeginne geben soll?

2. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD)

Welche konkreten Maßnahmen sind durch die im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorliegenden Entwürfe für den Investitionsrahmenplan in Baden-Württemberg betroffen?

3. Abgeordnete **Ute Kumpf** (SPD)

Wie ist der aktuelle Sachstand zum Ausbau der 27 Neckarschleusen, und gehört dieser Ausbau, wie er von der letzten Bundesregierung im Investitionsrahmenplan 2006 bis 2010 zugesichert wurde, nach wie vor trotz der neuen Kategorisierung dieses Streckenabschnittes südlich von Heilbronn durch die Bundesregierung als Ergänzungs- und Nebennetz zu den prioritären Investitionsprojekten?

4. Abgeordnete **Ute Kumpf** (SPD)

Bis wann und nach welchen Modalitäten (Anforderungsprofil, Kriterien, Abgabe, Entscheidung) schreibt die Bundesregierung die „Schaufenster Elektromobilität" aus?

5. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Hat der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, seine Äußerung, ein Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone wäre kein „Weltuntergang" (Interview in DIE ZEIT vom 15. September 2011), mit dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie abgestimmt, und welche Konsequenzen hätte dieser Ausstieg aus verkehrspolitischer und europäischer Sicht?

6. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag des Verkehrsausschusses des Bundesrates vom 7. September 2011 (Bundesratsdrucksache 462/11) zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes hinsichtlich der Regelungen zur Barrierefreiheit, und wird die Bundesregierung diese Regelung in ihrem Gesetzentwurf aufgreifen?

7. Abgeordneter **Florian Pronold** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den bundesweiten Feldversuch mit Gigalinern im Jahr 2011 mit welcher Laufzeit starten?

8. Abgeordneter **Florian Pronold** (SPD)

Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe des Bundeslandes Hessen, sich nicht an dem bundesweiten Feldversuch mit Gigalinern in Deutschland zu beteiligen?

9. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die Lkw-Maut auf vierspurigen Bundesstraßen im Jahr 2011 einführen?

10. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung das so genannte Mautschiedsverfahren im Jahr 2011 abschließen, und wie sehen die nächsten Verfahrensschritte aus?

11. Abgeordneter **Michael Groß** (SPD)

Ist für den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und das dazugehörige Haus die Einführung einer Vignette oder anders ausgestalteten Art der Mauteinnahme für Pkw eine Alternative, wenn es wie zu erwarten keine Haushaltsmittelerhöhung für den Verkehrsetat gibt, um das Defizit von 2,5 Mrd. Euro auszugleichen?

12. Abgeordneter **Michael Groß** (SPD)

Kann das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Berichte der „Süddeutsche Zeitung“ bestätigen, in denen im Zusammenhang mit dem Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015 mehrere Projekte, wie der für den Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen hochwichtige Rhein Ruhr Xpress (RRX), nicht aus dem Vorgängerplan übernommen werden?

13. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Wie ist der Stand der Erarbeitung eines neuen Investitionsrahmenplanes (IRP) für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes, nachdem der bisherige IRP 2010 ausgelaufen ist?

14. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Welche im derzeit gültigen Investitionsrahmenplan 2006 bis 2010 verankerten Bauprojekte haben derzeit Baurecht, können aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel des Bundes nicht begonnen werden (bitte aufschlüsseln nach Ländern)?

15. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Welche Nutzungsausfälle nach Gesamtdauer und Anzahl der Tage durch welche Ursachen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung bei den beiden Großschleusen in Brunsbüttel und Kiel-Holtenau jeweils in den vergangenen drei Jahren 2008, 2009 und 2010 und im bisherigen Verlauf des Jahres 2011?

16. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den baulichen und betrieblichen Zustand der Schleusenanlagen in Brunsbüttel und Kiel-Holtenau?

17. Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD)

Liegt ein Förderantrag für die Maßnahme „Anpassung der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals“ im Rahmen der von der Europäischen Union geförderten transeuropäischen Netze inzwischen vor, bzw. bis wann ist mit seiner Vorlage zu rechnen?

18. Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD)

Welchen Inhalt hat dieser Förderantrag bzw. soll er haben?

19. Abgeordneter **Sönke Rix** (SPD)

Wie ist der Stand der aktuellen Planungen für die Ertüchtigung der Schleusenanlagen in Brunsbüttel und Kiel-Holtenau, und wie begründet die Bundesregierung die Verzögerungen gegenüber den ursprünglichen Zeitplänen?

20. Abgeordneter **Sönke Rix** (SPD)

Aus welchen Gründen favorisiert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach Medienberichten „eine kleine Lösung“, wonach anstelle des geplanten und planfestgestellten Neubaus einer dritten Großschleuse die ursprünglich ab 2014 geplante Grundinstandsetzung der beiden vorhandenen großen Schleusenkammern vorgezogen werden soll (vgl. NDR vom 19. August 2011)?

21. Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)

Mit welcher Begründung stellt die Bundesregierung in dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 lediglich 25 Mio. Euro für Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal und damit nur 3,9 Mio. Euro für den Bereich Schleusen ein?

22. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Bartels** (SPD)

Plant die Bundesregierung eine Erhöhung der Gebühren und Abgaben für die Schifffahrt (einschließlich Sportschifffahrt) am Nord-Ostsee-Kanal?

23. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Bartels** (SPD)

Bemüht sich die Bundesregierung bei der Finanzierung von Investitionsmaßnahmen zur Ertüchtigung des Nord-Ostsee-Kanals um Mittel im Rahmen der Europäischen Union?

24. Abgeordnete **Bettina Hagedorn** (SPD)

Welches Investitionskonzept hat die Bundesregierung bei der Modernisierung der Brücken, Fähren und anderen Einrichtungen des Querverkehrs am Nord-Ostsee-Kanal?

25. Abgeordnete **Bettina Hagedorn** (SPD)

Ist es geplant, die Zeiten des Fährverkehrs am Nord-Ostsee-Kanal einzuschränken?

26. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Kann die Bundesregierung den Standort und den Personalstand des Wasser- und Schifffahrtsamtes Hannoversch Münden zusichern?

27. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der deutschen Binnenschifffahrt im europäischen Wettbewerb, und mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung diese zu verbessern?

28. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Wann beginnt die Bundesregierung mit der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vorgesehenen schrittweisen Reduzierung des Schienenbonus, und wann wird das Ziel erreicht, ihn ganz abzuschaffen?

29. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung einen lärmabhängigen Trassenpreis einführen, und wie steht sie zu der Forderung der Deutschen Bahn AG eines öffentlich finanzierten Wagenbonussystems?

30. Abgeordneter **Martin Burkert** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, dass das prognostizierte steigende Güterverkehrsaufkommen vermehrt auf die Schiene verlagert wird?

31. Abgeordneter **Martin Burkert** (SPD)

Wie will die Bundesregierung Einfluss auf die Deutsche Bahn AG und Hersteller von Güterwagen nehmen, um einen festen Bestand von in Gebrauch befindlichen Güterwagen zu gewährleisten?

32. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Berechnungen der IG Bohr, dass die 2008er Variante mit vier Gleisen an der Autobahn und der Belassung der Rheintalbahn für den Personennahverkehr 124 Mio. Euro weniger kosten würde als die Bündelungstrasse, und welche Konsequenzen für die weitere Planung zieht sie aus diesem Ergebnis?

33. Abgeordnete **Nicolette Kressl** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Deutschen Bahn AG ermittelten Ergebnisse, dass als Alternative zur Bündelungstrasse im Rheintal der Bau zweier Gütergleise an der Autobahn plus die Ertüchtigung der Rheintalbahn auf 250 km/h rund 16 Mio. Euro mehr kosten würde?

34. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den von der Deutschen Bahn AG ermittelten Ergebnissen, dass als Alternative zur Bündelungstrasse im Rheintal der Bau zweier Gütergleise an der Autobahn plus die Ertüchtigung der Rheintalbahn auf 200 km/h mit Einsparungen von 20 Mio. Euro verbunden wäre?

35. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD)

Kann der Bund gewährleisten, dass – wie angekündigt – die Elektrifizierung der Bahnstrecke München–Memmingen–Lindau bis 2017 fertiggestellt ist, auch wenn laut Zeitungsberichten die Fortschreibung des Investitionsrahmenplanes für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes aufzeigt, dass angeblich bis zum Jahr 2015 keine neuen Projekte begonnen werden können?

36. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD)

Was sind die Gründe für die verschiedenen Medien zu entnehmenden Streichungen im Fünfjahresplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, nach denen die gesamte zweite Ausbaustufe des Dresdner Hauptbahnhofs aus dem Finanzplan entfallen ist, und welche Konsequenzen hat dies für die Infrastruktur des Bahnhofs und die Anbindung an den Schienenverkehr?

37. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu Plänen der Europäischen Kommission, im Oktober 2011 einen Entwurf zur Neuformulierung der Richtlinie zur Marktöffnung der Abfertigungsdienste auf den Flughäfen der Gemeinschaft im Rahmen eines Flughafenpaketes vorlegen zu wollen, und wie plant die Bundesregierung hierauf zu reagieren?

38. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Befürchtungen von Gewerkschaften und Betriebsräten, die die Interessen der Beschäftigten in Deutschland und Europa vertreten, wonach die Pläne der EU-Kommission bezüglich der Marktöffnung der Abfertigungsdienste zu einem ruinösen Preisverfall der Dienstleistung führen würden und dadurch eine Abwälzung auf die Beschäftigten stattfinden würde, was insbesondere zu einer Gefahr für die Sicherheit aber auch zum Verfall des Gehaltsgefüges und damit zu Lohndumping führen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

39. Abgeordnete **Ute Vogt** (SPD)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Forderung des Vorsitzenden der Entsorgungskommission, Michael Sailer, bis spätestens 2015 vier bis fünf Alternativstandorte zum Salzstock in Gorleben festzulegen, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine mögliche Neuregelung bei der Suche nach einem Endlager?

40. Abgeordnete **Ute Vogt** (SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Stilllegung und dem Rückbau der am 6. August 2011 außer Betrieb genommenen Kernkraftwerke für die Zwischen- und Endlagerung in Deutschland bezüglich der zusätzlich benötigten Lagerkapazitäten?

41. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Form wird die Bundesregierung die im Rahmen der Waldkonferenz „Bonn Challenge“ am 2. September 2011 u. a. vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, angekündigte Wälder-Weltinitiative, die in den Jahren 2011 bis 2020 weltweit 150 Mio. ha Wald wieder aufbauen will, finanziell und organisatorisch unterstützen?

42. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollen die einzelnen geplanten Solarprojekte beim „HELIOS“-Solarprojekt in Griechenland ausgeschrieben werden, und wird sich Deutschland an der Entwicklung des Auswahlverfahrens beteiligen?

43. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele langfristige Arbeitsplätze sollen durch das „HELIOS“-Solarprojekt entstehen (bitte nach Griechenland und Deutschland unterscheiden), und mit welchen Wertschöpfungsanteilen ist bei dem Projekt für Griechenland und Deutschland jeweils zu rechnen?

44. Abgeordneter **Dirk Becker** (SPD)

Welche Forschungsaktivitäten bezüglich der Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten bzw. dritten Generation existieren zurzeit in Deutschland, und wie weit sind sie fortgeschritten?

45. Abgeordneter **Dirk Becker** (SPD)

Welche Folgen erwartet die Bundesregierung aus der Insolvenz der Firma Choren Industries GmbH für die weitere Forschung und die Markteinführung von Biokraftstoffen der zweiten bzw. dritten Generation?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

46. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Wie viel Prozent der (unter anderem vom Abgeordneten Heinz-Peter Haustein am 8. September 2011 in der ersten Lesung des Entwurfs des Bundeshaushalts 2012 dargestellten) Steigerung der Förderung der „Naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung“ um 67 Prozent im Entwurf für den Bundeshaushalt 2012 im Vergleich zum Vorjahr entfallen auf gestiegene Kosten für bereits beschlossene Projekte, und wie viel Prozent der 67-prozentigen Steigerung stehen für neue Projekte zur Verfügung?

47. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Auf welche Fördermaßnahmen und Projekte verteilen sich die zusätzlichen Mittel (rund 17 Prozent Aufwuchs) für die Position „Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems“ im Entwurf für den Bundeshaushalt 2012?

48. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Aus welchen Gründen senkt die Bundesregierung die Projektfördermittel für den Bereich „Elektroniksysteme“ deutlich ab (minus 8 Mio. Euro für innovative Elektroniksysteme, minus 6,34 Mio. Euro für die Kompetenzzentren für die Elektronikforschung)?

49. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Welche internationalen Probleme bestanden bzw. bestehen bei den Verhandlungen zu den Großprojekten „XFEL“ und „FAIR“, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in die Wege geleitet, um diese Probleme anzugehen?

50. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Aus welchen Gründen streicht die Bundesregierung die erfolgreiche Förderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Rahmen der Hightech-Strategie „KMU-innovativ“ im Haushaltsentwurf

2012 – beispielsweise im Bereich „Sicherheitsforschung“ –, und mit welchen Maßnahmen soll weiterhin eine angemessene Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Projektförderung sichergestellt werden?

51. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Aus welchen Gründen kommt das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Hinblick auf die seit 2007 fertiggestellten Forschungsbauten mit einem Volumen von lediglich 221 Mio. Euro und damit weniger als einer einzigen vollen Jahresrate von 298 Mio. Euro, permanenten Minderabflüssen aus dem Bundeshaushalt in diesem Bereich seit 2007 und der Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe 2010 mit über 95,7 Mio. Euro aus dem Titel „Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich“ (Kapitel 30 03 Titel 882 01) in der sogenannten Haushaltsfibel (S. 161) zum Regierungsentwurf 2012 zu dem Schluss, dass sich das „Verfahren nach AV-FuG (Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten) bewährt hat“, und wie will die Bundesregierung im Hinblick auf die in § 11 AV-FuG vorgesehene Evaluierung der Ausgestaltung dieser Gemeinschaftsaufgabe bis Mitte 2012 die angeführten Mängel künftig abstellen?

52. Abgeordneter **Oliver Kaczmarek** (SPD)

Für welche konkreten Maßnahmen sieht die Bundesregierung in ihrem Finanzplan 2013 bis 2015 Mittel in Höhe von 275 Mio. Euro vor, die für „vor- und außerschulisches Lernen im Lebenslauf“ reserviert sind?

53. Abgeordneter **Oliver Kaczmarek** (SPD)

Wie stellt sich der gesamte Beitrag des Bundes zu einem angestrebten „Alphapakt“ für die Grundbildung von Erwachsenen angesichts der alarmierenden Zahl von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten dar, und sieht die Bundesregierung den geplanten Beitrag in Höhe von jährlich 8,5 Mio. Euro (Einzelplan 30 Titel 685 42 Erläuterungsnummer 2) als ausreichend an?

54. Abgeordnete **Dagmar Ziegler** (SPD)

Wie viele Anträge auf ein Aufstiegsstipendium sind in den Jahren 2009, 2010 und 2011 (bis dato) gestellt worden, und wie viele positive Förderzusagen konnten in den gleichen Jahren jeweils gegeben werden?

55. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)

Welchen konkreten Projekten soll der im Finanzplan ab 2013 geplante Aufwuchs in der beruflichen Bildung insbesondere zur besseren Ausschöpfung aller Potenziale (Einzelplan 30 Titel 685 20 Erläuterungsnummer 2) zu Gute kommen?

56. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)

Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung im Finanzplan 2013 bis 2015 für den Hochschulpakt zur Ausfinanzierung aller Studienanfänger getroffen, sollten wie gegenwärtig erwartet deutlich mehr als die bisher geplanten 275 000 zusätzlichen Studienanfänger ein Studium aufnehmen?

57. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)

Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf den Umfang der Förderung des Studenten- und Wissenschaftleraustausches des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) aus dem Titelansatz für den Bundeshaushalt 2012, der rund 15 Mio. Euro unterhalb der Ist-Ausgaben aus 2010 liegt?

58. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Zurückhaltung von Unternehmen und privaten Stiftern, sich am sogenannten Deutschland-Stipendium finanziell zu beteiligen, obwohl doch eine staatliche Kofinanzierung bereitsteht (bis zum Jahresende rechnet die Bundesregierung aktuell damit, dass nur etwa zwei Drittel der geplanten Mittel gebraucht werden), und wie bewertet die Bundesregierung diesen schleppenden Anlauf des nationalen Stipendienprogramms auch vor dem Hintergrund, dass der Ansatz für das Haushaltsjahr 2011 von 10 Mio. Euro deutlich unter dem ursprünglich im Gesetzentwurf genannten Ansatz lag (65 Mio. Euro) und diese Differenz zwischen Gesetzentwurf und kommenden Haushaltsjahren sich weiter verschärft (2013: Gesetzentwurf sah 160 Mio. Euro vor, mittelfristige Finanzplanung nennt 51 Mio. Euro)?

59. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche einzelnen Parameter (Zahl der Stipendien, Dauer der Förderung, Herkunft der Geförderten, Bürokratiekosten usw.) wird die jährliche Bundesstatistik enthalten, die „erstmals nach Ablauf des Kalenderjahres 2011 erstellt“ werden soll (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD auf Bundestagsdrucksache 17/6796, zu Frage 11), und zu welchem Datum soll diese Statistik erscheinen?

60. Abgeordneter **Willi Brase** (SPD)

Nach welcher Maßgabe koordiniert die Bundesregierung die gleichgerichteten Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und der „Bildungslotsen“ im Rahmen der Bildungsketten (Einzelplan 30 Titel 685 20), zumal erstere mit dem noch in Beratung befindlichen Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 17/6277 auf alle Schulen ausgedehnt werden sollen, letztere hingegen weiterhin auf 1 000 „Zielschulen“ beschränkt bleiben?

61. Abgeordneter **Willi Brase** (SPD)

Welche Überlegungen rechtfertigen aus Sicht der Bundesregierung die Dopplung gleichgerichteter Maßnahmen zur Berufsorientierung und zur Potenzialanalyse im Bildungshaushalt, die einerseits im Rahmen der Bildungsketten (Einzelplan 30 Titel 685 20) sowie andererseits im Rahmen der Förderung kooperativer Angebote der Berufsorientierung gefördert werden sollen (Einzelplan 30 Titel 685 21)?

62. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es – mit Blick auf den Gastbeitrag der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, im Info-Bulletin des Deutsch-Russischen Forums, Ausgabe 3 – seitens der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen des am 23. Mai 2011 in Moskau eröffneten Deutsch-Russischen Jahres der Bildung, Wissenschaft und Innovation 2011/2012, und wie sind bei der Planung und Durchführung Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen einbezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

63. Abgeordnete **Karin Roth (Esslingen)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung nach der jetzt erfolgten Veröffentlichung der Ergebnisse des High-Level-Panel-Berichts zu den Korruptionsvorwürfen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegen den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) die zurückgehaltenen Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro auszahlen, und wird sie jetzt auf die, den Statuten des GFATM und den

Zusagen der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, widersprechenden, Konditionierungen für die weitere Vergabe von Mitteln verzichten?

64. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem ehemaligen Büroleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) in Honduras, Christian Lüth, der öffentlich den Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya unterstützt hat, nun bereits nach Harald Klein der zweite Mitarbeiter der FNS in eine wichtige Position im BMZ eingestellt worden ist, der zuvor in Honduras die Putschisten unterstützt hat, entgegen der Position des Auswärtigen Amts, der EU und der Vereinten Nationen?

65. Abgeordneter **Dr. Sascha Raabe** (SPD)

Wie beurteilt insbesondre der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in ihrer Auswirkung auf Entwicklungs- und Schwellenländer, und auf welche Weise kann er in seiner Funktion als Gouverneur der Weltbank die Bemühungen der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, und des französischen Staatspräsidenten unterstützen, dieses Instrument der Finanzmarktregulierung erneut auf die Tagesordnung der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank zu setzen?

66. Abgeordneter **Dr. Sascha Raabe** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer zunächst für die Armutsbekämpfung vor allem in Entwicklungsländern gedacht waren, und wie ist die heutige Position der Bundesregierung, insbesondere des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, über die Verwendung eines Teils des Aufkommens aus einer von der Bundesregierung geplanten Finanztransaktionssteuer für Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

67. Abgeordneter **Gerd Bollmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bis zum weiteren Vorliegen wissenschaftlicher Erkenntnisse, die Erteilung von Genehmigungen zum Fracking auszusetzen?

68. Abgeordneter **Gerd Bollmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei Bohrungen nach unkonventionellem Erdgas, die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) zu ändern, um die Öffentlichkeit besser einzubinden?

69. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung § 14 Absatz 5 und § 23 Absatz 1 der Niedersächsischen Verordnung über die Feld- und die Förderabgabe, wonach die Gasförderung aus Tongesteinen (Tight Gas) von der Förderabgabe befreit bzw. die Kosten nicht fündiger Gasexplorationsbohrungen seit dem 1. Januar 2011 bis zu einer Höhe von 2 Mio. Euro von der zu entrichtenden Förderabgabe abgezogen werden können, für beihilferechtlich sowohl nach nationalen als auch europäischen Regelungen als zulässig an, und wenn ja, wann wurden die nierdersächsischen Regelungen bei der EU-Kommission notifiziert?

70. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung weiterhin keine europarechtlichen Bedenken beim angekündigten Förderprogramm für fossile Kraftwerke, wie in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 46 auf Bundestagsdrucksache 17/6658 geäußert, vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen des EU-Energiekommissars, Günther Oettinger, der das Förderprogramm als nicht „zwingend europatauglich" (s. energate-Meldung vom 11. September 2011) sieht und das aufgrund des Gleichbehandlungsgebots gegen EU-Recht verstößt, und wie will die Bundesregierung daher konkret sicherstellen, dass lediglich Kraftwerksbetreiber eine Förderung erhalten, die weniger als 5 Prozent an den deutschen Erzeugungskapazitäten besitzen und somit Deutschland keine möglichen späteren Strafzahlungen an die Europäische Union begleichen muss?

71. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Kann die Bundesregierung garantieren, dass für die Energieforschung im Jahr 2012 die vollen Fördermittel (laut Aussage des Abgeordneten Albert Rupprecht (Weiden)) am 8. September 2011 im Plenum des Deutschen Bundestages 657 Mio. Euro) laut Finanzplan 2011 bis 2015 des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ zur Verfügung stehen werden, obgleich diese Fördermaßnahmen aus Versteigerungserlösen gespeist werden sollen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Förderung in voller Höhe für die Forscherinnen und Forscher zu garantieren?

72. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Befürwortet die Bundesregierung die Namensnennung von Unternehmen, wenn die zu gründende Schlichtungsstelle Energie, wie in § 111b des Energiewirtschaftsgesetzes vorgesehen, Entscheidungen von allgemeinem Interesse für den Verbraucher veröffentlicht, und wenn nein, warum nicht?

73. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung das Vorhaben der EU-Kommission, die Energieversorger im Rahmen der Energieeffizienzrichtlinie zu jährlichen Energieeinsparungen von 1,5 Prozent zu verpflichten?

74. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Was sagt die Bundesregierung zu der im Rahmen der Haushaltsdebatte zum Entwurf des Bundeshaushalts 2012 zu Einzelplan 23 am 7. September 2011 getroffenen Aussage, dass das seit Monaten öffentlich kritisierte mögliche Panzergeschäft mit Saudi-Arabien nicht stattfinden würde?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

75. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Stand der Planungen und der konkreten Durchführung von Bildungsprogrammen, wie akademischem Austausch, Stipendienprogrammen und Bildungsinitiativen, die die Bundesregierung zur Unterstützung des „arabischen Frühlings“ im Februar 2011 angekündigt hatte?

76.	Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welchen Standpunkt nimmt die Bundesregierung zu den im Anschluss an ein Treffen am 8. September 2011 in Hannover erhobenen Forderungen der Innenminister der norddeutschen Bundesländer ein, den vom Deutschen Bundestag bewilligten Rahmen für die EU-geführte Operation „Atalanta" von 1 400 Soldaten konsequent auszuschöpfen, und wie lautet die derzeitige Position der Bundesregierung zu der im zweiten Halbjahr 2011 anstehenden Verlängerung und dann zu erfolgenden Neuausgestaltung des Mandats für die Operation „Atalanta"?
77.	Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)	Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Äußerung des tschechischen Außenministers Karel Schwarzenberg (Interview in DER TAGESSPIEGEL vom 12. August 2011), dass der Beitritt der Staaten des westlichen Balkans Vorrang hat, und mit welchem der Länder des westlichen Balkans sollten aus Sicht der Bundesregierung im Zeitraum der kommenden zwei Jahre Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden?
78.	Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)	Wie soll aus Sicht der Bundesregierung die Perspektive der Erweiterung für die Partnerstaaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik in die Erklärung für den von der polnischen EU-Präsidentschaft geplanten Gipfel zur Östlichen Partnerschaft einfließen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle der unter polnischer Führung bestehenden Informations- und Konsultationsgruppe?
79.	Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	In welchen Distrikten des Regional Command North hat das Innenministerium Afghanistans den Einsatz der Afghan Local Police zugelassen, und in welchen dieser Distrikte wurden Einheiten aufgestellt?
80.	Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Inwieweit setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die staatliche Aufsicht und Kontrolle der Afghan Local Police verbessert wird?

81. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Mit welchen Kosten (aufgeführt nach den einzelnen Kostenstellen) rechnet die Bundesregierung für den unmittelbar bevorstehenden Papstbesuch, dessen Verlauf nun weitgehend feststehen müsste (vgl. Bundestagsdrucksache 17/6827), und wer wird diese Kosten tragen?

82. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Beteiligung ehemaliger Bundeswehrsoldaten bzw. -polizisten und/oder anderer deutscher Staatsbürger in den Vereinigten Arabischen Emiraten als Angestellte der dem Gründer der Firma Blackwater, Erik Prince, zuzurechnenden Sicherheitsfirma R2 an der Ausbildung der aus privaten Sicherheitskräften zusammengesetzten Special Security Force, deren Hauptzweck die Aufstandsbekämpfung ist?

83. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es seitens der Bundesregierung mit Blick auf das geplante „Jahr Russlands in Deutschland“ sowie das „Jahr Deutschlands in Russland“ in den Jahren 2012 und 2013 zu dem Thema Bilaterale Zusammenarbeit im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zwischen Deutschland und der Russischen Föderation, und wie sind bzw. werden dabei Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen einbezogen?

84. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung des österreichischen Rechtswissenschaftlers und Berichterstatters der UN-Menschenrechtsorganisation, Prof. Dr. Manfred Nowak, der Westen habe viel an Legitimität in Bezug auf Menschenrechte eingebüßt durch seinen Krieg gegen den Terror, die Unterhöhlung von Rechtsstaatlichkeit, wodurch insbesondere die USA unter der Bush-Regierung an einem „absoluten Tiefpunkt ihrer Politik in Bezug auf die Menschenrechte angelangt“ seien, doppelte Standards, die Internierung von Gefangenen außerhalb der USA in Lagern in Afghanistan und Guantanamo, durch das „Spinnennetz“ von CIA-Geheimflügen und -gefängnissen in Folterstaaten, die Aushöhlung des Folterverbots und dass die EU-Staaten viel Kredit verspielt hätten, weil sie die US-Politik mittrugen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

85. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Erläuterungen kann die Bundesregierung zur Beteiligung des US-Department of Homeland Security (wie von Wikileaks im Cable „Frontex: EU Border Control Cooperation at Frankfurt Airport“ vom 13. März 2007 veröffentlicht) an der Operation „Amazon II“ machen, gemäß dem ein „DHS Frankfurt“ einen Tag lang die Operation zur Migrationsabwehr „Amazon II“ beobachtete („spent a day at the Frankfurt airport observing FRONTEX operations“), innerhalb derer 29 Angehörige von Polizeibehörden aus sieben EU-Mitgliedstaaten unter deutscher Leitung der damals noch jungen EU-Grenzschutzagentur Frontex für mehr als zwei Wochen Tausende Identitätskontrollen am Frankfurter Flughafen vornahmen, bei der 15 Menschen „ins Netz gingen“, und welche anderen Polizeimaßnahmen bzw -behörden wurden seitdem vom „DHS Frankfurt“ derart „beobachtet“?

86. Abgeordnete **Ulrike Gottschalck** (SPD)

Wann rechnet die Bundesregierung mit der Einsatzfähigkeit von ausgereiften und fehlerfreien Körperscannern auf deutschen Flughäfen?

87. Abgeordnete **Ulrike Gottschalck** (SPD)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Einführung einer bundeseinheitlichen Luftfrachtsicherheitsgebühr für die Luftfrachtunternehmen, die sich z. B. nach dem jeweiligen Frachtaufkommen richtet, wie sie offenbar bereits im Bundesministerium des Innern geprüft wird?

88. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Was ist die Aufgabe des im Rahmen der Umsetzung des seit 2005 bestehenden Abkommens über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich in Abu Dhabi stationierten Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamts (BKA), und welches sind ggf. die Aufgabengebiete eventuell zusätzlich in den Vereinigten Arabischen Emiraten eingesetzte Beamten des BKA oder anderer Bundesbehörden im Rahmen des erwähnten Abkommens?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

89. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)

Mit welcher zusätzlichen Nettokreditaufnahme wäre nach den aktuellen Prognosen der Bundesregierung bei einer Staatspleite Griechenlands auf die dann fälligen Bürgschaften der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des sogenannten Euro-Rettungsschirms (bitte mindestens angeben, mit welcher Belastung minimal und maximal gerechnet wird) für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 zu rechnen, und wie hoch läge der daraus resultierende kumulierte fiskalische Anpassungsdruck für die folgenden Haushaltsjahre?

90. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum geht die Bundesregierung davon aus, dass die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 7. September 2011 genannten inhaltlichen Voraussetzungen, insbesondere die Kontrollrechte des Deutschen Bundestages, zwar in Regelungen zum Euro-Rettungsschirm normiert werden könnten, in Regelungen zu Eurobonds aber nicht zu erreichen sind, und wird die Bundesregierung die Vorschläge der EU-Kommission zu Eurobonds, die für Oktober 2011 erwartet werden, einer genaueren Prüfung unterziehen, oder schließt die Bundesregierung die Einführung von Eurobonds kategorisch aus?

91. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Wie ist im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Griechenlandhilfe und zum sogenannten Euro-Rettungsschirm vom 7. September 2011 (Az. 2 BvR 987/10, 2 BvR 1485/10, 2 BvR 1099/10) in den Mitgliedsländern der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) die jeweilige Parlamentsbeteiligung – insbesondere bei Grundsatzentscheidungen bei der Übernahme von Gewährleistungen, Notmaßnahmen (sogenannten Financial Assistance Facility Agreements), in Fällen besonderer Eilbedürftigkeit sowie bei der Freigabe weiterer Tranchen im Einzelnen – geregelt bzw. vorgesehen, und welche Konsequenzen hat ein Mehr an parlamentarischer Mitwirkung wie z. B. in Finnland auf die Handlungsfähigkeit der EFSF?

92. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Wird seitens der Finanzbehörden ein Datenabgleich (Verprobung) zwischen Umsatzsteuer-Voranmeldung und Zusammenfassender Meldung durchgeführt, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Grad der Abweichung?

93. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wann ist konkret mit der Veröffentlichung des Abkommens mit der Schweiz über unversteuerte Kapitalerträge zu rechnen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe bisher nicht versteuerter Vermögen in der Schweiz?

94. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Ist es zutreffend, dass im Fall der Vererbung eines Eigenheims an ein Elternteil (z. B. Tod des Sohnes) auch dann Erbschaftsteuer anfällt, wenn es sich um ein von der Mutter und dem verstorbenen (ledigen, kinderlosen) Sohn eigengenutztes Familienwohnheim handelt, welches auch weiterhin vom erbenden Elternteil genutzt wird, und wenn dem so ist, wie ist dies zu erklären, wenn im umgekehrten Fall (gemeinsam genutztes Familienwohnheim wird an den Sohn vererbt) keine Erbschaftsteuer zu zahlen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

95. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden in den Jahren 2007, 2008 und 2009 von der Bundesagentur für Arbeit befristet eingestellt, wie viele davon sachgrundlos befristet (bitte gesondert Arbeitsvermittler im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und über 50-Jährige, insgesamt und als Arbeitsvermittler im SGB-II-Bereich aufführen)?

96. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie viele von den in den Jahren 2007, 2008 und 2009 befristet und sachgrundlos befristet eingestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben jeweils einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten (bitte gesondert Arbeitsvermittler im Bereich des SGB II aufführen), und wie viele davon waren über 50 Jahre alt?

97. Abgeordneter **Anton Schaaf** (SPD)

Warum beabsichtigt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in seinen Überlegungen zu Änderungen im Bereich der Erwerbsminderungsrente, die Zurechnungszeit nach § 59 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch parallel zu der Anhebung der Regelaltersgrenze zu verlängern, obwohl die Bundesregierung bislang bestritten hat, dass sich aus der An-

hebung der Regelaltersgrenze ein Handlungsbedarf für Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten ergibt?

98. Abgeordneter **Anton Schaaf** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es mit dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit vereinbar ist, dass ein Versicherter, der die Zugangsvoraussetzungen für die sogenannte Zuschussrente erfüllt, beispielsweise bei einer gesetzlichen Rente von 500 Euro und einer Betriebsrente von 100 Euro eine Aufstockung auf einen Nettozahlbetrag von 850 Euro erhalten soll, während ein Versicherter, der ausschließlich eine gesetzliche Rente von beispielsweise 750 Euro erhält und damit eine höhere Vorleistung durch höhere Beitragszahlungen erbracht hat, keine Aufstockung erhalten soll?

99. Abgeordneter **Marco Bülow** (SPD)

Ist bei der Zuschussrente, deren Gewährung an Einkünfte aus der gesetzlichen Rente und einer betrieblichen oder privaten Quelle geknüpft ist, daran gedacht, sie bedürftigkeitsorientiert zu gestalten, so dass weitere Einkünfte (z. B. aus einem anderen obligatorischen Alterssicherungssystem oder auch Zinseinkünfte oder Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung) anzurechnen sind, und soll Vermögen angerechnet werden?

100. Abgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD)

Nach welchem Verfahren bzw. in welcher Form soll der Nettozahlbetrag der Zuschussrente von 850 Euro dynamisiert werden, um sowohl Preissteigerungen als auch sich verändernde Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zu berücksichtigen und den relativen Abstand zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, deren Regelbedarfe jährlich nach § 28a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch fortzuschreiben sind, zu wahren?

101. Abgeordnete **Angelika Krüger-Leißner** (SPD)

Wie verteilen sich die Personen, die nach Einschätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Jahr 2013 die Anspruchsvoraussetzungen für die Zuschussrente erfüllen werden, auf west- und ostdeutsche Versicherte, und wie wird sich die Zusammensetzung der anspruchsberechtigten Personen mutmaßlich in den nächsten Jahren entwickeln?

102. Abgeordnete **Angelika Krüger-Leißner** (SPD)

Soll jeder der Träger der Deutschen Rentenversicherung mit der Administration der Zuschussrente betraut werden, oder ist daran gedacht, die Zuständigkeit an einen oder mehrere bestimmte Träger zu vergeben?

103. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Soll die Zuschussrente unabhängig vom Einkommen eines Partners/einer Partnerin gezahlt werden, also als ausschließlich individualisierte Leistung, und falls ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Regelung gegenüber den Regelungen des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, in der die Höhe der Leistungen für Angehörige einer Bedarfs- bzw. Einstandsgemeinschaft je nach unterschiedlichen Regelbedarfsstufen gewährt wird?

104. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Inwiefern kann die Anspruchsvoraussetzung der Wartezeit der zusätzlichen Vorsorge durch unterschiedliche Formen der privaten Vorsorge erfüllt werden, oder ist daran gedacht, sie ausschließlich an einen Vertrag zu binden, der die Kriterien des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes erfüllt?

105. Abgeordnete **Anette Kramme** (SPD)

In welcher Form beabsichtigt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen an dem „Regierungsdialog Rente" zu beteiligen?

106. Abgeordnete **Anette Kramme** (SPD)

Wie erklärt sich die Aussage der Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen, wonach bei einer Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten nach § 262 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch „viele Frauen durch den Rost [fallen]" (DER TAGESSPIEGEL vom 10. September 2011), obwohl im Zugang in eine Altersrente im Jahr 2010 90 Prozent der Versicherten, die von diesem Instrument profitiert haben, Frauen waren und so etwa ein Viertel aller Frauen hiervon profitiert hat, während es bei den Männern nur knapp 4 Prozent waren?

107. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Wie wird sich die Verlängerung der Zurechnungszeit um einen Monat auf den Zahlbetrag der Rente bei einem Versicherten auswirken, der vor Vollendung des 60. Lebensjahres auf Grundlage von 45 Entgeltpunkten in eine Erwerbsminderungsrente

geht, und wie würde sich dies auf Grundlage einer Rentenanwartschaft von 40 bzw. 30 Entgeltpunkten darstellen?

108. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD)

Mit welcher Begründung verzichtet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in seinen Überlegungen offensichtlich darauf, den Erwerbsminderungsschutz auch in der betrieblichen Alterssicherung und der geförderten privaten Altersvorsorge obligatorisch zu verankern, obwohl im Rahmen der Mehr-Säulen-Strategie alle biometrischen Risiken in allen Säulen der Alterssicherung abzusichern wären?

109. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD)

Wird die Bundesregierung im Rahmen des „Regierungsdialog Rente“ auch Modelle unterstützen, die den Bezug einer Teilaltersrente auch bereits mit dem vollendeten 60. Lebensjahr ermöglichen, wenn sicher ausgeschlossen werden kann, dass durch die erhöhten Abschläge das Risiko von Altersarmut entsteht?

110. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Anteil der 50 Jahre alten und älteren Langzeitarbeitslosen, der binnen Jahresfrist um über 2 Prozentpunkte auf über 31 Prozent gestiegen ist (vgl. Bundesagentur für Arbeit, Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit, Broschüre der Arbeitsmarktberichterstattung, Nürnberg 2011), zu reduzieren?

111. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, angesichts einer sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit müssten umso mehr Mittel für Qualifizierung, Training, Schuldner- oder Suchtberatung ausgeben werden (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15. September 2011), vor dem Hingergrund der von der Bundesregierung bereits vorgenommenen und weiter geplanten Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Milliardenhöhe?

112. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)

Welche Bilanz zieht die Bundesregierung nach einem Jahr Mindestlohn in der Pflegebranche im Hinblick auf seine Umsetzung und die Einhaltung bzw. Kontrolle der Lohnuntergrenze?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

113. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sie einer Kürzung der Mittel in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Zuge der Reform der GAP zustimmen wird?

114. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch welche neuen Maßnahmen will die Bundesregierung im Zuge der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik den Verlust der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft stoppen, und warum lehnt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Vorschläge der EU-Kommission zum Greening der ersten Säule der GAP ab?

115. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gegen welche Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik versucht die Bundesregierung derzeit eine „Phalanx“ mit anderen Mitgliedstaaten zu bilden, wie in der „Frankfurter Rundschau“ vom 14. September 2011 mit Bezug auf Regierungskreise gemeldet wurde?

116. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum lehnt die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, die Begrenzung von Monokulturen, u. a. bei Mais, durch die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zum sog. Greening der Gemeinsamen Agrarpolitik wie etwa die Bindung der Direktzahlungen an die Einhaltung einer mindestens dreigliederigen Fruchtfolge ab, obwohl auch die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, vor dem Deutschen Bauerntag 2011 wörtlich erklärt hat „Nur noch Maisfelder, nur noch Rapsfelder – das kann und darf es nicht geben“?

117. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung angesichts ihrer Ablehnung einer Deckelung oder degressiven Ausgestaltung der Direktzahlungen verhindern, dass das System der Direktzahlungen aufgrund zahlreicher nichtlandwirtschaftlicher Großempfänger weiter an gesellschaftlichem Rückhalt verliert?

118. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus der Einführung von Gutschriften für australische Agrarbetriebe, die Methan- oder CO_2-Emissionen vermeiden, und was spricht aus Sicht der Bundesregierung für bzw. gegen ein solches klimapolitisches Instrument für die EU-Landwirtschaft?

119. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus dem vom Freistaat Bayern aufgelegten Programm für den einheimischen Anbau von Eiweißfutterpflanzen als Maßnahme gegen die aktuell große Abhängigkeit der einheimischen Tierhaltungsbetriebe von Futtermittelimporten aus Südamerika, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung ihrerseits zur Erhöhung des einheimischen Anbaus von Eiweißfutterpflanzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

120. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Überlegungen hat die Bundesregierung dahingehend angestellt, dass der Sinn der in den Richtlinien für die Durchführung der Informationsarbeit geregelten Zugangsbeschränkung für Waffen bei Minderjährigen darin besteht, diesen weder Waffensysteme noch Waffen als Spielzeug zu präsentieren, um sie nicht an den Gebrauch tödlicher, kriegerischer Gewalt zu gewöhnen, und dass diese Absicht konterkariert wird, wenn nun ausdrücklich geregelt ist, dass Kinder Zugang zu Panzern, Kriegsflugzeugen und anderen Großsystemen haben?

121. Abgeordneter
Paul Schäfer (Köln)
(DIE LINKE.)

Aufgrund welcher Überlegungen hat das Bundesministerium der Verteidigung am 16. Februar 2011 die Richtlinie zur Durchführung der Informationsarbeit der Bundeswehr dahingehend geändert, dass Kindern und Jugendlichen im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen der Zugang zu Schiffen, Flugzeugen sowie nichthandelsüblichen Fahrzeugen der Bundeswehr in Zukunft erlaubt wird?

122. Abgeordneter
Paul Schäfer (Köln)
(DIE LINKE.)

Warum bezieht sich das Bundesministerium der Verteidigung in der aktuellen Fassung der Richtlinie zur Durchführung der Informationsarbeit der Bundeswehr bei der Regelung des Zugangs von Minderjährigen zu Waffen nur auf Waffen im Sinne des Waf-

fengesetzes und nicht auch auf Waffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes bzw. der Kriegswaffenliste Teil B?

123. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Hat Deutschland bzw. haben Bundeswehreinheiten seit 2001 Gefangene, die von deutschen ISAF-Soldaten in Afghanistan gemacht wurden, an Haftanstalten oder Internierungslager der afghanischen Sicherheitskräfte überstellt, von denen in jüngster Zeit (dpa-Meldung vom 6. September 2011) nach einem BBC-Bericht bekannt wurde, dass in ihnen Folterpraktiken angewandt werden, die in einem nach diesem BBC-Bericht „noch unveröffentlichten“ UNAMA-Bericht „alltäglich und systematisch“ genannt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

124. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu den verdeckten Anrufen, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Zusammenhang mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes getätigt hat, um zu kontrollieren, in welcher Form Träger und Verbände den Bundesfreiwilligendienst bewerben, und spiegelt diese verdeckte Form der Erkenntnisgewinnung das neue Geschäftsgebaren der Bundesregierung wider?

125. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dürfen nach Auffassung der Bundesregierung die Träger und Verbände interessierte Freiwillige nicht darauf aufmerksam machen, dass im Bundesfreiwilligendienst der Anspruch auf Kindergeld zwar im Rahmen des Beitreibungsrichtliniengesetzes geregelt werden soll, dass dieses Gesetz aber noch nicht durch den Deutschen Bundestag verabschiedet ist und es damit derzeit einen faktischen Unterschied zwischen den verschiedenen Freiwilligendiensten gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

126. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD)

Aus welchem Grund hält die Bundesregierung das ihr bereits vorliegende Gutachten des Gemeinsamen wissenschaftlichen Beirates zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich zurück, und wann ist mit einer Veröffentlichung seitens der Bundesregierung zu rechnen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333